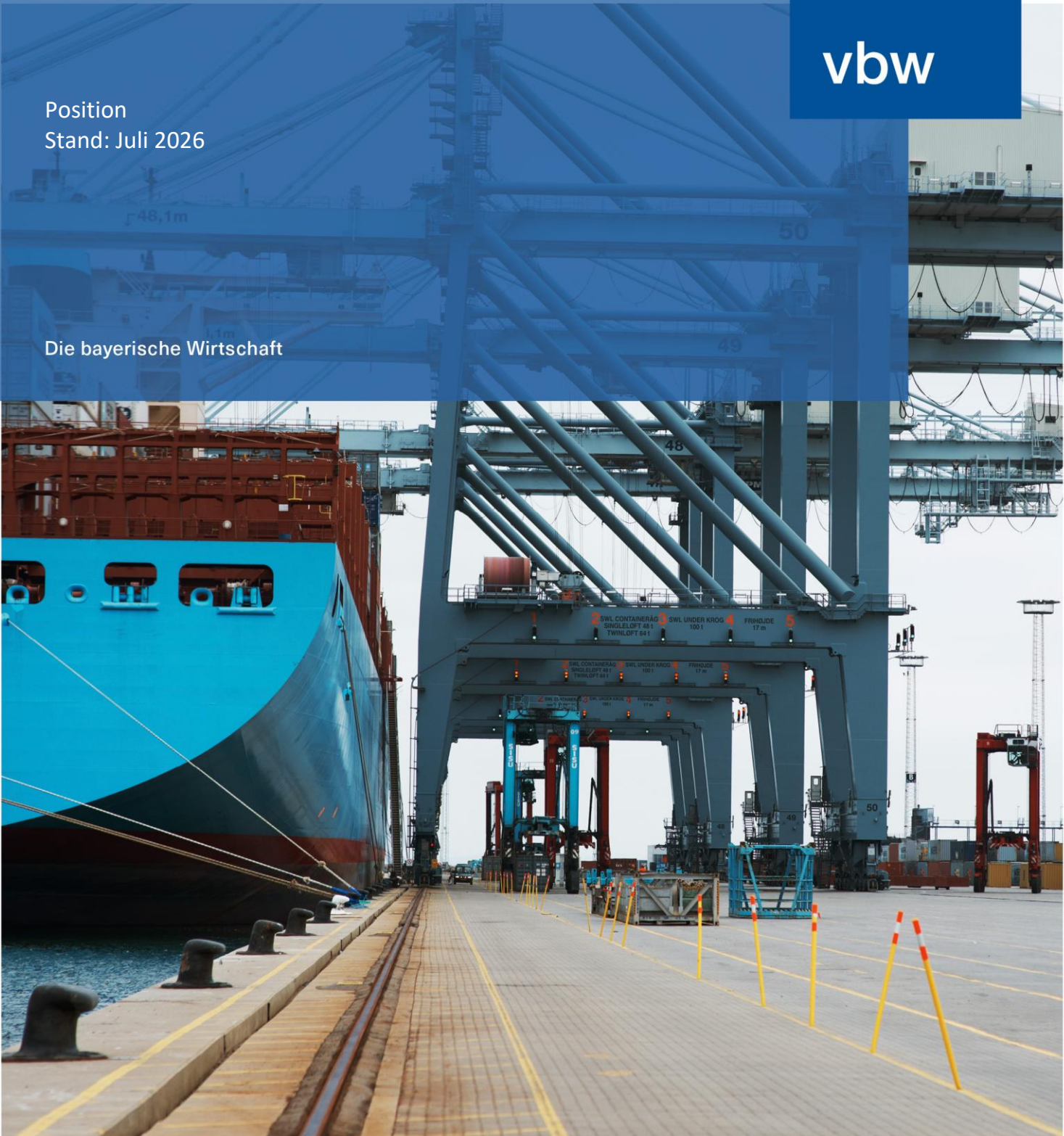


Veränderte Weltwirtschaft – Veränderte Außenhandelsstrategie

vbw

Position
Stand: Juli 2026

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Abhängigkeiten reduzieren, aber weiter auf Freihandel setzen

„In Bayern daheim, in der Welt zuhause“ – dieser bekannte Slogan beschreibt sehr gut auch die bayerische Wirtschaft. Unsere Unternehmen sind international aufgestellt. Das gilt nicht nur für die großen Konzerne, sondern auch für zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen.

Bayern und seine Menschen profitieren von dieser Internationalisierung: vom Export unserer Produkte ebenso wie vom Import von Rohstoffen sowie kostengünstig hergestellten Vorprodukten und Konsumgütern. Unser auf Globalisierung basierendes Geschäftsmodell ist ein Erfolgsmodell.

Das außenwirtschaftliche Umfeld hat sich aber verändert. Geopolitische Krisen nehmen zu und zeigen die Anfälligkeiten unserer Lieferketten auf. Zudem steht die Verlässlichkeit unserer Handelspartner in Frage und Protektionismus und Handelskonflikte sind auf dem Vormarsch.

Mit diesem Positionspapier zeigen wir auf, wie wir auf das veränderte weltwirtschaftliche Umfeld reagieren müssen. Ohne Zweifel müssen wir unsere Außenhandelsstrategie kontinuierlich anpassen und neu austarieren. Vor allem müssen wir einseitige Abhängigkeiten abbauen. Falsch wäre es aber, unser Geschäftsmodell komplett über Bord zu werfen. Als vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. stehen wir weiterhin klar für Freihandel und Globalisierung. Der beste Weg, Abhängigkeiten zu vermeiden, heißt diversifizieren. Und das bedeutet nicht weniger, sondern mehr Globalisierung.

Bertram Brossardt
14. Juli 2026

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Unser Geschäftsmodell	3
2 Die Herausforderungen	5
3 Unsere Position	6
3.1 Internationalisierung schafft Wachstum und Wohlstand	6
3.2 Abhängigkeiten durch Diversifizierung verringern	6
3.3 Zusätzliche Absatz- und Beschaffungsmärkte erschließen	6
3.4 Re- und Near-Shoring führen grundsätzlich zu Wohlstandsverlusten	7
3.5 Geschäftsmodell ist Unternehmensentscheidung, die Politik muss unterstützen	7
3.6 Selbstbewusstes Eintreten der EU für Freihandel	8
3.7 Einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken	8
Ansprechpartner / Impressum	9

Position auf einen Blick

Wir müssen unsere Außenhandelsstrategie stetig anpassen, dürfen sie aber keinesfalls aufgeben

Unser wirtschaftlicher Erfolg und damit unser Wohlstand beruhen zu einem großen Teil auf der Internationalisierung unserer Wirtschaft. Bayern ist eine offene Volkswirtschaft und intensiv in den internationalen Warenhandel und in globale Investitionsströme eingebunden. An diesem Geschäftsmodell müssen wir festhalten, um Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand auch in Zukunft zu sichern.

Die Weltwirtschaftsordnung befindet sich im Umbruch. Die USA haben sich unter der zweiten Trump-Regierung vom Freihandel abgekehrt und untergraben mit transaktionalen Deals die regelbasierte Handelsordnung. China nutzt Lücken im Regelwerk der WTO, um seine Industrie massiv zu subventionieren. Das führt zu globalen Überkapazitäten und internationalen Wettbewerbsverzerrungen. Gerade Deutschland und Bayern verlieren Marktanteile an chinesische Wettbewerber. Dies gilt nicht nur in China, sondern auch auf Drittlandsmärkten und zunehmend in Europa. Diese Konkurrenz bedroht die hiesige Industrie.

Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Außenhandelsstrategie stetig anpassen und neu austarieren, aufgeben dürfen wir unser Geschäftsmodell aber keinesfalls. Dies wäre zum Schaden für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft.

Notwendig ist eine Risikoabwägung zwischen Effizienz und Kostenoptimierung auf der einen Seite und Versorgungssicherheit auf der anderen. Um unsere Resilienz zu steigern, müssen Abhängigkeiten reduziert und künftig vermieden werden. Hierfür ist eine stärkere Diversifizierung der Handelspartner notwendig. Die Reduzierung von Abhängigkeiten bedeutet nicht, sich von einzelnen Partnern abzukoppeln, sondern zusätzliche Partner zu gewinnen. Das komplette Rückverlagern von Produktion ins Inland oder ins nahe Ausland ist kein geeigneter Weg, um unsere Resilienz zu steigern.

Zum Austarieren unserer Außenhandelsstrategie gehört auch die Wahl unserer Handelspartner. Wir sollten verstärkt auf Partnerländer und -regionen setzen, die unsere Werte im Hinblick auf Wirtschafts- und Gesellschaftssystem teilen – ohne aber andere Staaten auszuschließen. Wir setzen weiterhin darauf, dass gegenseitiger Handel und Wirtschaftsbeziehungen grundsätzlich stabilisierend wirken.

Die Frage des Geschäftsmodells ist eine ureigene Unternehmerentscheidung. Die Politik kann die Firmen aber unterstützen, das volkswirtschaftliche Ziel der Diversifizierung und Resilienzsteigerung zu erreichen: durch den Abschluss von Handelsabkommen, durch eine auf Diversifizierung ausgerichtete Außenwirtschaftsförderung sowie durch eine allgemeine Verbesserung der Standortbedingungen in Deutschland und Europa.

[Position auf einen Blick](#)

Die übergeordnete Aufgabe der Politik ist es, sich klar gegen Protektionismus zu positionieren und für Freihandel einzutreten. Auf konkrete unlautere Maßnahmen sollte aber gezielt reagiert werden. Die EU muss und kann selbstbewusst als eigenständiger Akteur im geoökonomischen Umfeld auftreten und sich so einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenstellen. Verhandlungen müssen auf Augenhöhe geführt werden, um Reziprozität bei Handels- und Investitionsbedingungen einzufordern und so für ein Level Playing Field zu sorgen.

1 Unser Geschäftsmodell

Deutschland und Bayern sind in die Weltwirtschaft integriert

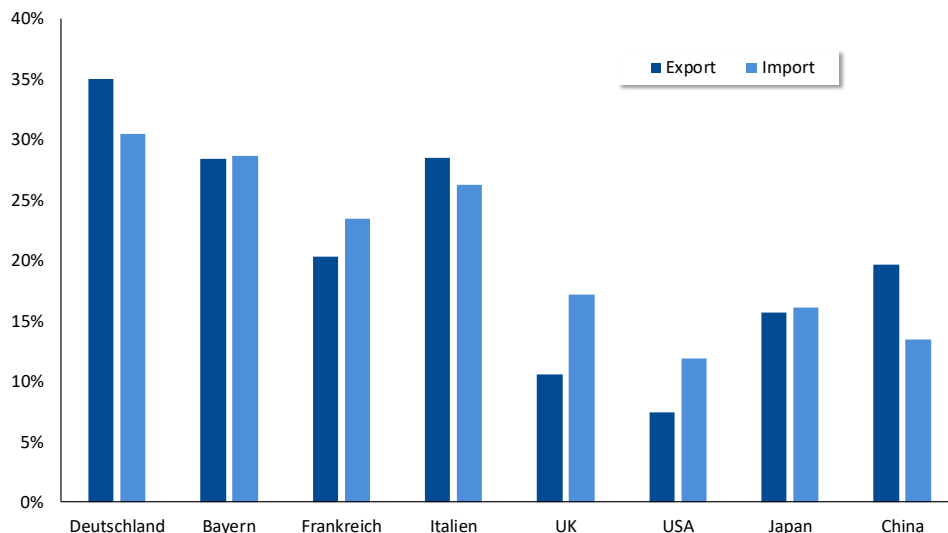
Deutschland und Bayern sind offene und globalisierte Volkswirtschaften, deren Geschäftsmodell auf Außenhandel und internationale Wertschöpfungsketten setzt. Die folgenden ausgewählten Daten belegen die tiefe globale Integration unserer Volkswirtschaft:

- Im Jahr 2025 exportierte die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von rund 227 Milliarden Euro, gleichzeitig summierten sich die Importe auf fast 229 Milliarden Euro. Das waren 27,5 bzw. 27,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Bundesweit liegen die Anteile sogar noch etwas höher. Von den anderen größeren Industrienationen weist nur Italien ähnliche Werte auf (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1

Außenhandelsvolumina in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

Warenexporte und -importe in Prozent des Bruttoinlandsprodukts
nominale Werte, 2025



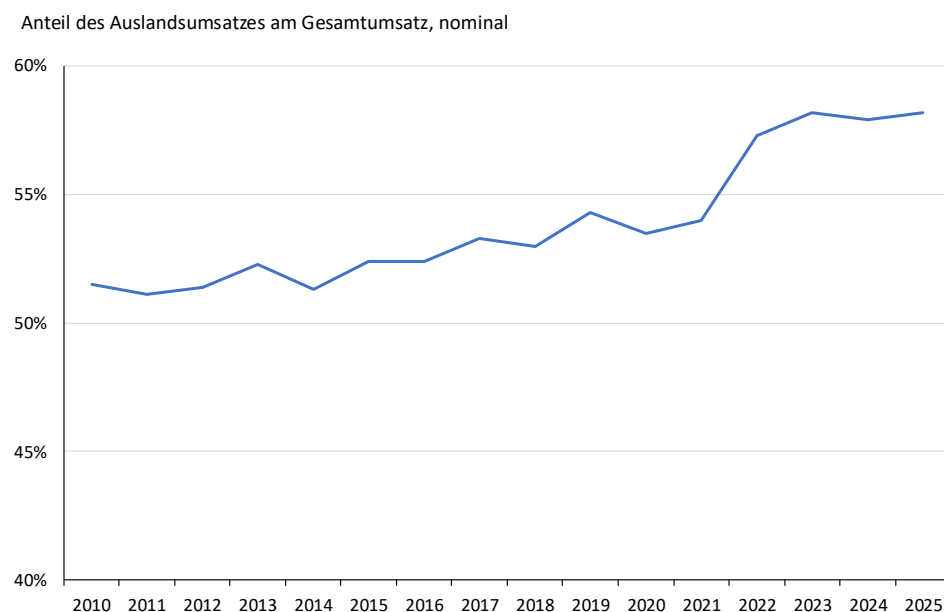
Quellen: Destatis, FERI.

- Mittelfristig sind die Export- und Importanteile merklich gestiegen, wobei die Zuwächse im Wesentlichen im Zeitraum bis 2008 stattgefunden haben. Zu Beginn des Jahrtausends machten die Warenexporte in Bayern 26 Prozent des BIP aus, die Importe beliefen sich auf 24 Prozent des BIP (Deutschland: 28 bzw. 25 Prozent).

- Vor allem die bayerische Industrie profitiert vom Export. Zwei Drittel des Umsatzwachstums seit 2010 wurden auf Auslandsmärkten erzielt. Folglich stieg der Anteil des Auslandsumsatzes der bayerischen Industrie von 51,5 auf 58,2 Prozent (vgl. Abb. 2).
- Einzelne Industriezweige in Bayern haben noch wesentlich höhere Exportquoten: So erwirtschaftet die chemische Industrie rund 64 Prozent ihres Umsatzes im Ausland, im Maschinenbau sind es gut 70 Prozent und in der Automobil- und Zulieferindustrie sowie in der Elektronik und EDV-Geräteindustrie sind es sogar fast 75 Prozent.

Abbildung 2

Exportquote der bayerischen Industrie



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

- Deutschland und Bayern sind auch über Direktinvestitionen in globale Wertschöpfungsketten integriert. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank summierte sich der Bestand bayerischer Direktinvestitionen im Ausland am Ende des Jahres 2024 auf 356,8 Milliarden Euro. Dahinter standen 9.420 Betriebe mit fast zwei Millionen Beschäftigten. Umgekehrt beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen in Bayern auf 165,96 Milliarden Euro. Sie umfassten 3.445 Betriebe mit 673.000 Beschäftigten.
- In Relation zum BIP macht der bayerische Direktinvestitionsbestand im Ausland 45,1 Prozent aus, der Bestand an Auslandsinvestitionen im Inland beläuft sich auf 21,0 Prozent des BIP. Für Deutschland liegen diese Anteile bei 39,0 beziehungsweise 17,1 Prozent.

2 Die Herausforderungen

Die wirtschaftliche Weltordnung ist im Wandel

Die Weltordnung befindet sich im Wandel – nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich. Einen Überblick über die Entwicklungen in der Wirtschaftsordnung gibt die vbw Studie [Folgen einer neuen Welt\(wirtschafts\)ordnung für Deutschland und Bayern.](#)

Dies stellt unser Geschäftsmodell der Internationalisierung vor Herausforderungen.

- Schon seit Jahren hat die Globalisierung Kritiker, die sich zunehmend Gehör verschaffen. Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung werden negiert oder zumindest in Frage gestellt.
- Die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die chinesischen Exportkontrollen für Seltene Erden sowie der zwischenzeitliche Ausfuhrstopp bestimmter Halbleiter haben die Schwächen und Anfälligkeiten der globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten aufgezeigt.
- Chinas Subventionspolitik, die zu globalen Überkapazitäten und Wettbewerbsverzerrungen führt, bedroht die heimische Industrie. Tausende Industriepätze gehen wegen Chinas aggressiver Handelspolitik verloren. Laut OECD sind rund 60 Prozent der globalen Marktanteilsgewinne chinesischer Unternehmen in den letzten zwei Jahrzehnten auf staatliche Subventionen zurückzuführen. Auch in westlichen Staaten mit marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen nehmen interventionistische wirtschaftspolitische Maßnahmen und Subventionspraktiken zu, Protektionismus ist wieder salonfähig. Deutlich zeigt sich dies am Beispiel der USA.
- Das multilaterale Welthandelssystem ist größtenteils blockiert. Das Streitbeilegungssystem der Welthandelsorganisation (WTO) ist seit der Blockade des Berufungsgremiums funktionsunfähig. Reformen der WTO kommen nicht voran.
- Die Weltwirtschaft wird insbesondere durch den Konflikt zwischen den USA und China beeinträchtigt. Es droht eine Bi-Polarisierung der globalen Wirtschaft mit einem US-dominierten und einem China-dominierten Wirtschaftsblock. Das wird an den Ausfuhrkontrollen von hochentwickelten Halbleitern auf US-amerikanischer Seite und Seltenen Erden auf chinesischer Seite deutlich.
- Auch geopolitische Konflikte nehmen zu. Hierbei werden wirtschaftliche Abhängigkeiten zunehmend als strategisches Druckmittel für politische Ziele benutzt.

3 Unsere Position

Wir müssen unsere Außenhandelsstrategie stetig anpassen, dürfen sie aber keinesfalls aufgeben

Vor dem Hintergrund der sich ändernden Weltordnung und angesichts der beschriebenen Herausforderungen stellen einige unser auf Freihandel und Internationalisierung basierendes Geschäftsmodell in Frage. Ohne Zweifel müssen wir unsere Außenhandelsstrategie an die veränderten Gegebenheiten anpassen, aufgeben dürfen wir unser Geschäftsmodell aber keinesfalls. Dies wäre zum Schaden für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft.

3.1 Internationalisierung schafft Wachstum und Wohlstand

Der wirtschaftliche Erfolg und damit der Wohlstand Deutschlands und Bayerns beruhen zu einem großen Teil auf der Internationalisierung unserer Wirtschaft. Als Volkswirtschaft mit einem vergleichsweise kleinen Binnenmarkt und zugleich einem hohen Industrieanteil sind wir auf den Export angewiesen. Umgekehrt benötigt gerade die Industrie Importe von Rohstoffen, die im Inland nicht vorkommen sowie von Vorprodukten, die an kostengünstigeren Standorten hergestellt wurden. In einer Welt ohne Freihandel läge das deutsche Pro-Kopf-Einkommen Berechnungen des ifo Instituts zufolge um über 20 Prozent niedriger. Pro Jahr entspricht das mehr als 10.000 Euro. Wir müssen deshalb an unserem Geschäftsmodell festhalten.

3.2 Abhängigkeiten durch Diversifizierung verringern

Notwendig ist jedoch eine fortlaufende Bewertung der Risiken unserer Außenhandelsstrategie. Ein Abwägen zwischen Effizienz und Kostenoptimierung auf der einen Seite sowie Versorgungssicherheit auf der anderen Seite ist stets erforderlich. Um die Resilienz unserer Unternehmen sowie unserer Volkswirtschaft zu stärken, gilt es, Abhängigkeiten – vor allem einseitige – zu reduzieren und künftig möglichst zu vermeiden. Dies gilt für die Absatzseite ebenso wie für die Beschaffung. Um dies zu erreichen, ist eine stärkere Diversifizierung unserer Handelspartner notwendig. Die von Prognos erstellten vbw Studien [Neue Beschaffungs- und Neue Absatzmärkte für die bayerische Wirtschaft](#), sowie die von der In-NeMa GmbH erstellte Studie [Chancen für die bayerische Wirtschaft in Subsahara-Afrika](#) zeigen auf, welche Märkte Möglichkeiten zur Diversifizierung bieten.

3.3 Zusätzliche Absatz- und Beschaffungsmärkte erschließen

Der falsche Weg wäre es, Abhängigkeiten dadurch reduzieren zu wollen, indem man sich von einzelnen Handelspartnern abkoppelt. Dies birgt das Risiko, dass neue Abhängigkeiten entstehen. Vielmehr müssen zusätzliche Partner gewonnen, zusätzliche Absatz- und

Unsere Position

Beschaffungsmärkte erschlossen werden, um eine Diversifizierung zu erreichen (siehe dazu ebenfalls oben genannte Studien). Zum Austarieren unserer Außenhandelsstrategie gehört auch die Wahl unserer Handelspartner. Wir sollten verstärkt auf Partnerländer und -regionen setzen, die unsere Werte im Hinblick auf Wirtschafts- und Gesellschaftssystem teilen. Wir können es uns aber nicht leisten, andere Staaten komplett auszuschließen. Die vom ifo-Institut erstellte vbw Studie [*Geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für das deutsche Wirtschaftsmodell*](#) zeigt, dass ein Entkoppeln von sämtlichen autokratischen Staaten zu einem dauerhaften Wertschöpfungsverlust in Deutschland von mehr als 60 Milliarden Euro pro Jahr führen würde. Zudem drohen diese Staaten so, in andere Wirtschaftsböcke getrieben zu werden, was nicht in unserem Sinn sein kann. Außerdem setzen wir weiterhin darauf, dass gegenseitiger Handel und Wirtschaftsbeziehungen grundsätzlich stabilisierend wirken.

3.4 Re- und Near-Shoring führen grundsätzlich zu Wohlstandsverlusten

Das komplette Rückverlagern von Produktion ins Inland (Re-Shoring) oder ins nahe Ausland (Near-Shoring) ist kein geeigneter Weg, um unsere Resilienz zu steigern. Dadurch würde man auf die produktivitäts- und effizienzsteigernden Wirkungen der Globalisierung verzichten. Die bereits erwähnte [*vbw Studie*](#) kommt zu dem Ergebnis, dass das Re-Shoring industrieller Wertschöpfung das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland dauerhaft auf ein um zehn Prozent niedrigeres Niveau senken würde. Near-Shoring hätte immer noch einen dauerhaften Produktionsverlust von gut vier Prozent zur Folge. Re- und Near-Shoring können nur als ein Baustein bei der Neu-Austarierung der Liefer- und Wertschöpfungsketten und beim Abwägen zwischen Effizienz und Versorgungssicherheit angesehen werden. Der gezielte Aufbau nationaler oder besser europäischer Produktionskapazitäten kann allenfalls für kritische Güter mit strategischer Bedeutung in Betracht kommen.

3.5 Geschäftsmodell ist Unternehmensentscheidung, die Politik muss unterstützen

Die Frage des Geschäftsmodells, die Erhöhung der Resilienz, die Risikoabwägung zwischen Effizienz und Sicherheit sowie die Wahl der Handelspartner und Investitionsstandorte sind ureigene Unternehmensentscheidungen. Die Politik kann die Betriebe aber dabei unterstützen, diese auch volkswirtschaftlich erwünschten Ziele zu erreichen. Durch den Abschluss von Handels- und Investitionsschutzabkommen oder strategischen Partnerschaften werden die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert, Wirtschaftsbeziehungen zu bestimmten Ländern und Regionen aufzubauen oder zu intensivieren. Außerdem können Instrumente der Außenwirtschaftsförderung so ausgestaltet werden, dass es für Betriebe attraktiv ist, zusätzliche und mehrere Import- sowie Exportmärkte zu erschließen. Schließlich ist es Aufgabe der Politik, durch eine Verbesserung der Rahmen- und Standortbedingungen mehr wettbewerbsfähige Produktion im Inland und in Europa zu ermöglichen, um die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern, insbesondere bei strategisch wichtigen Produkten.

3.6 Selbstbewusstes Eintreten der EU für Freihandel

Die übergeordnete Aufgabe der Politik ist es, sich klar gegen Protektionismus zu positionieren und für Freihandel einzutreten. Die EU als entscheidender Akteur unserer Außenwirtschaftspolitik muss und kann selbstbewusst auftreten und mit anderen Staaten und Wirtschaftsräumen auf Augenhöhe verhandeln. Ziel muss es sein, Reziprozität bei Handels- und Investitionsbedingungen einzufordern und so für ein Level Playing Field zu sorgen. Auf konkrete unlautere Maßnahmen muss gezielt reagiert werden können. Idealerweise sollte dies im Rahmen der WTO-Regeln erfolgen. Daher sollten von EU-Seite alle Anstrengungen unternommen werden, eine multilaterale Welthandelsordnung wiederherzustellen – sei es durch eine Reform der WTO, sei es durch Alternativen oder Brückenlösungen. Gleichzeitig darf auf den Abschluss neuer bilateraler Abkommen und Partnerschaften und die Modernisierung bestehender Abkommen nicht verzichtet werden. Wie die ordnungspolitisch geprägte Handels- und Industriepolitik Deutschlands auf protektionistische Maßnahmen der USA und Chinas reagieren sollte, zeigt die [*vbw Studie Handels- und Industriepolitik für eine neue Zeit.*](#)

3.7 Einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken

Als selbstbewusster und eigenständiger Akteur im geoökonomischen Umfeld muss sich die EU auch einer drohenden Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft, das heißt einer Blockbildung in einen US-dominierten und einen chinesisch dominierten Wirtschaftsraum entgegenstellen. Es ist im europäischen Interesse, weiterhin sowohl mit den USA als auch mit China gute und stabile Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten. Im Falle einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft ökonomisch würde die EU verlieren – sowohl wenn sie sich dem amerikanischen dominierten Wirtschaftsraum anschließen würde als auch im Falle eines Anschlusses an den China-dominierten Block. Sich primär an einem der Handelspartner zu orientieren ist daher nicht im Interesse Deutschlands. Weil eine Blockbildung in der globalen Wirtschaft allen Volkswirtschaften schaden würde, muss sich die Europäische Union weiter für den Freihandel und faire Wettbewerbsbedingungen stark machen und Verbündete finden, die dieses Anliegen teilen.

Ansprechpartner / Impressum

Volker Leinweber

Geschäftsführer, Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-133
volker.leinweber@vbw-bayern.de

Lisa Zölch

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-258
lisa.zoelch@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Juli 2026